



Ein besseres Studium für alle?

Ring Christlich-Demokratischer Studenten

VON
BERNHARD GÜRICH

Seit der Einführung der Studienbeiträge im Sommersemester 2007 in Baden-Württemberg wurden viele teilweise heftige Diskussionen zu diesem Thema geführt. In einigen Städten kam es darüber hinaus zu Protestaktionen seitens der Studenten gegen die Abgabe.

Der RCDS (Ring Christlich-Demokratischer Studenten) Baden-Württemberg ist einer der wenigen Studentenverbände, der

die Einführung von Studienbeiträgen grundsätzlich befürwortet. Trotz der Kritik einiger Studenten an unserer Position sind wir überzeugt, dass die finanzielle Mehrbelastung der Studenten aus verschiedenen Gründen gerechtfertigt und unter bestimmten Bedingungen tragbar ist. Unsere Haltung ist das Ergebnis eines sachlichen Abwägens zwischen unterschiedlichen Argumenten, die wir im Folgenden darlegen möchten.

Hochwertige Ausbildung nicht auf Kosten unserer Kinder

Zur Begründung unserer Position betrachten wir zunächst die derzeitige Situation in Baden-Württemberg.

Mit der Einführung der Studienbeiträge in Baden-Württemberg hat sich die finanzielle Ausstattung der Lehreinrichtungen deutlich verbessert. Im Sommersemester 2007 wurden so aus Studienbeiträgen landesweit ca.

90 Mio. Euro eingenommen, was etwa 4,5% der vom Land gezahlten Gelder an seine Hochschulen entspricht. 2008 waren es ca. 130 Mio. Euro. Diese Gelder dürfen laut Gesetz ausschließlich zur Verbesserung der Lehre verwendet werden. Da das Land seit 2007 seine Ausgaben für Bildung immerhin nicht reduziert hat, steht den Hochschulen also tatsächlich mehr Geld zur Verfügung.

Die Steigerung der finanziellen Mittel der Hochschulen ist notwendig, da der Finanzierungsbedarf der Hochschulen in den vergangenen Jahrzehnten stetig gestiegen ist. Gründe dafür sind zum Einen anwachsende Studentenzahlen, zum Anderen konstant steigende Ausgaben für moderne Lehrmittelausstattung und Räumlichkeiten sowie eine verbesserte Betreuung der Studenten. Vor dem Hintergrund des sich verschärfenden internationalen Wettbewerbs und dem hohen Bedarf an hervorragend ausgebildeten Akademikern in Deutschland ist es aus unserer Sicht zwingend erforderlich die Qualität der Ausbildung weiter zu verbessern. Auf bereits Erreichtem dürfen und wollen wir uns nicht ausruhen.

Zur Deckung dieses enormen Finanzbedarfes bieten sich bei der Betrachtung des Landeshaushaltes und der bereits sehr hohen Verschuldung zwangsläufig nur wenige Möglichkeiten:

Durch Umschichtungen im Haushalt zu Gunsten der Bildung sind in den vergangenen Jahren bereits deutliche Zuwächse bei den Landesausgaben für Bildung zu ver-

zeichnen gewesen, sodass hier derzeit nur noch ein sehr geringer Spielraum besteht. Obwohl dringend mehr Mittel in die Bildung investiert werden müssen, reichen die Haushaltsmittel alleine derzeit offensichtlich nicht aus. Eine Erhöhung der Steuern ist angesichts des ohnehin schon sehr hohen Abgabenniveaus keine vernünftige Option. Steuererhöhungen werfen zudem die Frage auf, ob die Allgemeinheit allein für die Finanzierung der Ausbildung aufkommen soll. Eine Finanzierung der zusätzlichen Aufgaben durch Schulden des Landes verbietet sich nach unserer festen Überzeugung schon allein aus Gründen der Generationengerechtigkeit. Wir wollen nicht auf Kosten unserer Kinder leben. Diese Möglichkeiten müssen wir daher ablehnen.

Sozial Schwache nicht benachteiligen

In der Konsequenz ist es als verbleibende Option erforderlich, die Studenten an der Finanzierung ihrer Ausbildung, von der sie selbst maßgeblich profitieren, zu beteiligen. Wir denken, dass dies nicht nur notwendig, sondern auch gerecht ist. Es ist gerecht, weil so die Profiteure der Qualitätssteigerungen, nämlich wir Studenten, auch die damit verbundenen Kosten mittragen.

Hierbei sind aus unserer Sicht allerdings einige Bedingungen zu erfüllen. So darf unter keinen Umständen die Situation entstehen, dass auch nur ein einziger Schulabgänger aufgrund seiner sozialen Herkunft bzw. aufgrund des niedrigen Einkommens-

niveaus seiner Eltern nicht studieren kann. Die Studienbeiträge müssen daher unbedingt so gestaltet werden, dass der Zugang zu den Bildungseinrichtungen weiterhin jedem offen steht. Um das zu gewährleisten muss es folglich Finanzierungsmöglichkeiten geben, die die Zahlung der Beiträge ermöglichen und die daraus entstehende Belastung in einem erträglichen Rahmen halten. Eine einseitige Erhebung von Studienbeiträgen ohne Finanzierungsmöglichkeit findet unsere strikte Ablehnung.

In Baden-Württemberg bietet die landeseigene L-Bank einen Studienkredit an, der erst zwei Jahre nach Ende des Studiums und nur ab einem bestimmten Einkommen zurückgezahlt werden muss. Der Darlehens-Zinssatz ist seit kurzem gesetzlich auf maximal 5,5% gedeckelt. Wir begrüßen diese Deckelung, fordern jedoch weitere Maßnahmen, um die Studienbeiträge sozialer zu gestalten. Ein Schritt in diese Richtung wäre zum Beispiel eine nochmalige Absenkung des maximalen Zinssatzes.

Seit Langem fordert der RCDS bereits den massiven Ausbau des Stipendiensystems. Wir nehmen daher erfreut zur Kenntnis, dass mit dem aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesregierung ein solcher Ausbau vorangetrieben wird. Der Dreiklang aus BAföG, Studiendarlehen und Stipendien soll weiter ausgebaut werden. Wir werden uns weiterhin engagiert dafür einsetzen, dass mehr leistungsbereite Studenten über Stipendien von ihrer Arbeit profitieren können. Mehr Stipendien stellen sicherlich eine gute Möglichkeit dar, Benachteiligungen durch die soziale Herkunft auszugleichen.

Schwachstellen beseitigen, Lehre verbessern

Trotz unserer grundsätzlichen Zustimmung zu Studienbeiträgen sehen wir an einigen Stellen weiteres Verbesserungspotential. Wir haben daher angeregt, die starre Festsetzung auf die Höhe von 500 Euro zu überprüfen. Wir halten eine flexiblere Handhabung der Beitragshöhe für besser, bei der die Hochschulen selbst über die Höhe der Beiträge bis hin zu einem Höchstsatz von 500 Euro entscheiden können, für besser. So würde zum einen sichergestellt, dass auch nur so viel Geld eingenommen wird,



▲ RCDS Versammlung

wie tatsächlich benötigt wird. Zum anderen nähme auch der Wettbewerb zwischen den Hochschulen zu.

Die neu eingeführte sogenannte Geschwisterregelung, die Studenten mit mindestens zwei Geschwistern von der Zahlung der Beiträge frei stellt, sehen wir kritisch. Zwar befürworten wir sehr die zu erkennende Absicht, Familien mit Kindern stärker zu entlasten. Dies darf aber nicht zur Kürzung von Leistungen aufgrund der gesunkenen Einnahmen führen und so zu Lasten der übrigen zahlenden Studenten geschehen. Zudem widerspricht eine Zahlungsbefreiung dem Gedanken, dass die Studenten die erhobenen Beiträge selbst, als zum Beispiel durch den Bildungskredit oder eigenes Einkommen, finanzieren sollen. Wir schlagen vor, hier über andere Konzepte, beispielsweise als Kompromiss über eine abgestufte Staffelung der Beitragshöhen, nachzudenken.

Seit Einführung der Studiengebühren begleiten unsere einzelnen RCDS-Gruppen vor Ort die Verwendung der Beiträge aufmerksam. Studienbeiträge können nur dann einen sinnvollen Beitrag leisten, wenn sie auch tatsächlich dort eingesetzt werden, wo sie gebraucht werden. Missbräuchliche Verwendung der Gelder in einzelnen Fällen kritisieren wir scharf und rufen alle Studenten

dazu auf, wachsam zu sein und uns über Fehlentwicklungen zu informieren.

Investition in die Zukunft

Der RCDS in Baden-Württemberg fühlt sich dem Wohl aller Studenten verpflichtet. Wir setzen uns daher auf allen Ebenen für die Studenten ein und nutzen unsere guten Kontakte zur Landesregierung, um Verbesserungen insbesondere bei den Studienbeiträgen durchzusetzen. Wir rufen dazu auf die Beiträge nicht länger als bloße Gebühr, sondern als lohnende Investition in die eigene Zukunft zu betrachten. Hervorragende Qualität hat ihren Preis, muss aber trotzdem für alle erschwinglich sein. Wir sind überzeugt, dass die Studienbeiträge sogar eine Chance darstellen, allen Studenten den Wert ihres Studiums stärker bewusst zu machen. Sie führen dazu, dass Studenten mehr Verantwortung für das ihnen ermöglichte Studium übernehmen. Die Einnahme der Beiträge stärkt darüber hinaus auch die Verpflichtung der Hochschulen ihre Studenten ernst zu nehmen und auf ihre Belange intensiver Rücksicht zu nehmen. Dieser Mentalitätswechsel ist vielerorts bereits erkennbar.

Wir laden alle Studenten ein, sich sachlich und ideologiefrei an der Debatte zu be-

teiligen. Wir versprechen unsererseits, die Entwicklung weiterhin im Blick zu behalten und uns auf allen Ebenen auch in Zukunft konstruktiv für alle Studenten einzusetzen. Wir werden dies im Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit unserer Hochschulen und im Sinne der Wahrung der sozialen Balance offensiv insbesondere gegen zu Unrecht geäußerte Kritik am Studienbeitragsystem tun. ■

Kurzlebenslauf

Bernhard Gürich



Bernhard Gürich (21) studiert Wirtschaftsingenieurwesen am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). Er ist stellvertretender Landesvorsitzender des RCDS Baden-Württemberg, stellvertretender Vorsitzender des RCDS Karlsruhe und Mitglied des Studentenparlaments am KIT.

Der RCDS ist in Baden-Württemberg die größte und einflussreichste Studentenorganisation und an allen Universitäten im Land vertreten.



▲ Bernhard Gürich (dritte Person von links) mit RCDS Mitgliedern